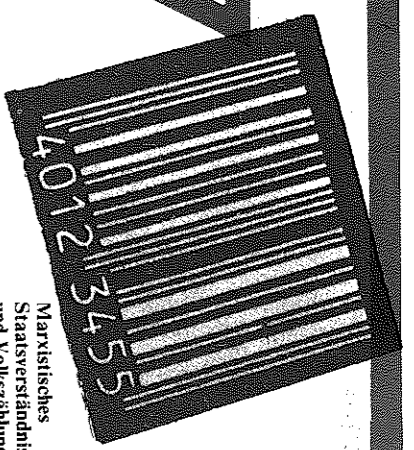


WORTEN



Marxistisches
Staatsverständnis
und Volkszählung
Seiten 4 und 5

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Nr. 90 — Mai 1987
80 Pfg. — Solidaritätspreis 1,20 DM

Schüler bekämpfen Arbeiterfeindliche CDU-Politik

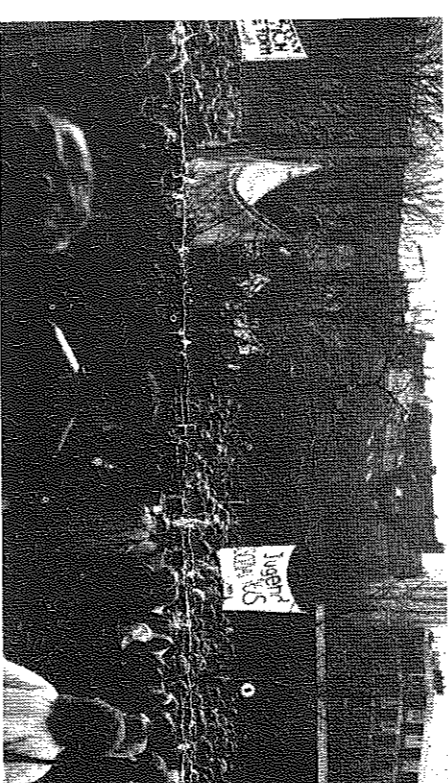
Arbeiter und Schüler in der Bundesrepublik wehren sich gegen die konservative Politik. Sie haben die Nase voll von sozialem Kahlschlag, von Arbeitsplatzabbau im Stahlbereich und anderen Branchen. Sie protestieren gegen eine Bildungspolitik zugunsten der Kinder der Reichen.

Nach der Wahlniederlage der SPD — für die die SPD-Führung verantwortlich ist — wollen die Konservativen nun verstärkt zum Angriff auf die Mehrheit der Bevölkerung übergehen. Die CDU-Kultusminister haben der Kultusministerkonferenz (KMK) ein „Reform“-Papier vorgelegt, das besonders Kindern aus Arbeiterfamilien den Zugang zum Abitur und zur Uni noch weiter erschweren soll. Geplant sind die Einführung von

„D-Zug-Klassen“, mit denen schon nach der 12. Klasse das Abitur gemacht werden kann, und die Einschränkung der Fächerwahl in der Oberstufe. Proteste und Demonstrationen von Schülern haben schon dazu geführt, daß die KMK die Beschlußfassung über das Papier verschoben hat und z.B. der niedersächsischen Kultusminister Oschartz seinen Hut nehmen mußte. Tatsächlich liefert diese geplante Schul-„Deform“ einen schlagenden

Beweis dafür, wie sehr die CDU/FDP-Politik nach den Wünschen des Kapitals ausgerichtet ist: 1. Weniger Selbstbestimmung und Freiheit in der Fächerwahl und statt dessen mehr Konkurrenzdruck sollen die Schüler auf das spätere Berufsleben vorbereiten. Zuviel Demokratie während der Schulzeit könnte zu hohen Erwartungen wecken; außerdem ist ein kritischer, politisch bewußter Arbeiter schon immer unerwünscht gewesen. Uns sollte dringend klar werden, daß das kapitalistische Bildungswesen uns das Erlernen unserer Traumberufe unmöglich macht. Es soll genau so viele funktionstüchtige Arbeitskräfte erzeugen, wie gerade benötigt werden, um ein möglichst reibungsloses Funktionieren der Wirtschaft zu gewährleisten.

2. Gerade in Krisenzeiten wollen die Kapitalisten nicht mehr in Bildung investieren als unbedingt nötig, denn das würde nur ihre Profite unnütz schmälern. Eben deshalb hatte die CDU/CSU/FDP-Koalition nach ihrem Regierungsantritt



Auf vielen Kundgebungen wurden die Parallelen zu den Schüler- und Studentenbewegungen in Spanien und Frankreich gezogen. Bild oben: Schülerdemo in Düsseldorf.

Stahlkrise ,Ohne Thyssen können wir leben', ohne Hütte nicht!'

In den Stahl-Revieren droht ein verheerender Kahlschlag. Nachdem seit 1974 in dieser Branche schon 130.000 Arbeitsplätze vernichtet wurden, sind jetzt weitere 30.000 akut gefährdet.

Mit am stärksten betroffen wäre die Stahlstadt Hattingen an der Ruhr: In der dortigen Thyssen Heinrichshütte AG sollen 2900 von jetzt 4700 Beschäftigten auf die Straße gesetzt werden. Damit würde sich die Arbeitslosenquote praktisch verdoppeln; auf gut 28 Prozent! Hattingen als erste Gasterstadt an der Ruhr — nach dem „Vorbild“ Lothringens, der Wallonie oder britischer Bergbaugemeinden?

Die allermeisten der entlassenen Kollegen hätten keine Aussicht auf einen anderen Arbeitsplatz — geschweige denn einen gleichwertigen. Handel, Handwerk und Gastgewerbe wären betroffen und würden weitere Beschäftigte entlassen. Die Stadt Hattingen ist schon jetzt hochverschuldet und droht — wie andere Ruhr-Kommunen auch — pleite zu gehen.

Im Hattingen der letzten Wochen war von Resignation wenig zu spüren. IG-Metall-Vereinskörper und IGM-Verwaltungsstelle Hattingen haben über den Betrieb hinaus praktisch die ganze Stadt für die Forderungen nach Erhalt aller Arbeitsplätze gewonnen. Der Aktions-

tag am 18. März war der bisherige Höhepunkt dieser Mobilisierung: 30.000 Menschen — die Mehrheit der gefährigten Hattinger Bevölkerung — kamen zur Kundgebung. Betriebe, Behörden, Ämter, Kaufhäuser, Geschäfte und Werkstätten standen still. Schüler und Lehrer, Rentner und Hausfrauen schlossen sich an. Stahlarbeiter aus über zehn bundesdeutschen Standorten, Werftarbeiter aus fünf Küsten-Städten und Kollegen aus der Metallverarbeitung waren vertreten. Eine Kette weiterer

„Ohne Thyssen können wir leben - ohne Hütte nicht!“

Aktionstage, ein Solidaritätsfest am 1. Mai und eine mehrtägige Arbeitsniederlegung aller Stahlbetriebe Mitte Mai schließen sich an.

Das Stahlpolitische Programm der IG-Metall fordert neben der Sicherung der Beschäftigung und Erhaltung aller Stahlstandorte die Ver gesellschaftlichung der Stahlindustrie bei entscheidenden Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die zukünftige Unternehmenspolitik. Doch „Vergesellschaftung“ darf nicht so aussehen, daß der Staat unseren Steuergeldern die Grobaktionäre noch üppig entschädigt. Durch die vielen Subventionen an die Stahlkonzerne und Abwälzung der Kosten der Arbeitslosigkeit auf die Allgemeinheit haben wir schon mehr als genug bezahlt. Großaktionäre sollen nur bei erwiesener Bedürftigkeit entschädigt werden — nach den üblichen durchschnittlichen Lohntarifen der IG-Metall!

SPD muß handeln

Die meisten Stahlarbeiter erwarten von der SPD jetzt Faten. Demgegenüber hat Johannes Rau erklärt, daß „die Verantwortung für die Lösung der Probleme in erster Linie beim Thyssen-Konzern“ liegt. Wenn aber der Konzern weiterhin „auch gegen die Interessen des Landes NRW“ (Rau) handelt — warum mobilisiert die Düsseldorf SPD-Landesregierung dann nicht alle Stahlarbeiter an Rhein und Ruhr für die Enteignung der Stahlkonzerne und ihre Übernahme durch das Land NRW?

Der SPD-Sonderparteitag am 14. Juni muß sich voll auf die Seite der Stahlarbeiter stellen, die Vergesellschaftung der Stahlindustrie be-

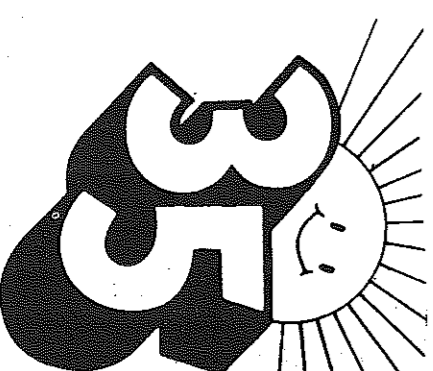
schließen und die SPD-Landesregierungen in NRW, dem Saarland und Bremen zur sofortigen Umsetzung auffordern. Der Kampf um die Krisenbranchen Stahl, Werften und bald auch Steinkohle-Bergbau muß gut koordiniert und konzentriert werden. Vom Vorstand der IG-Metall muß die Initiative ausgehen, um die vielen einzelnen Aktionen und Kämpfe auf einen bundesweiten 24-stündigen Generalstreik hin zu konzentrieren und dabei alle Gewerkschaften mit einzubeziehen: — für den Erhalt aller Arbeitsplätze und Industriestandorte — für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in die 30-Stundenwoche! — Für die Überführung von Stahlindustrie und anderen Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Verwaltung dieser Betriebe durch Vertreter von Belegschaften, DGB-Gewerkschaften und Staat.

Hans-Gerd Öttinger
Jungsozialist

Zum Tarifausschluß 35-Stunden-
Woche siehe auch Seite 7



Stahlarbeiter demonstrieren für die Verstaatlichung ihrer Branche — SPD und IGM müssen eine Kampfstrategie entwickeln.



VORAN

zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaft

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221 / 134504

Bankverbindung: P/GiroA Essen, Konto-Nr. 2500 59 - 430

Druck: G. Lutz, Dürener Str. 165a, 5000 Köln 1

KAMPFONDEN

Wehr dich gegen den Kapitalismus

Laut einem Stern-Bericht von 1986 bringen sich hierzulande täglich 4 Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren um. Es gibt aber eine Alternative zu Verzweiflung, Angst und Skepsis, die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, und sie heißt: Kampf gegen das System, das sie verunsichert!

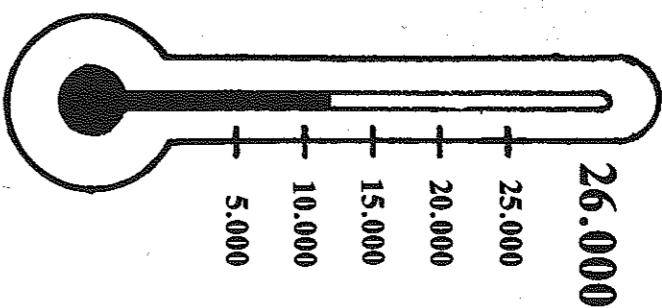
Nach Frankreich und Spanien wehren sich jetzt die Schüler in der BRD. Auch sie brauchen ein sozialistisches Programm und eine Führung, die ihren Kampf organisiert und mit den Kämpfen der Arbeiterklasse allgemein verbindet.

Die marxistische Zeitung muß deshalb gestärkt und aufgebaut werden. In Düsseldorf am 30.3.87, bei einer landesweiten Schülerdemo wurden über 200 Exemplare verkauft. Viele Schüler haben direkt ein Paar Groschen, manche sogar eine Mark gespendet. Das zeigt, daß die

Jugend eine Alternative zum Kapitalismus sucht und bereit ist, eine solche finanziell zu unterstützen. Berichte von Voran-Anhängern zeigen, daß beispielsweise im Februar aus Stuttgart 16,70 DM, Köln 17,90 DM, Bremerhaven 16,- DM und Lübeck 19,42 DM reinkamen. Bei Lesertreffen in Hamburg wurden 77,20 DM und in Wiesbaden 19,- gesammelt.

Diese kleinen Beispiele zeigen, was möglich ist. Im Februar wurden seit Anfang Februar gingen bei uns 8.265,53 DM ein. Und bei einem bundesweiten VORAN-Seminar kamen noch 4.189,11 DM dazu. Wir haben damit jetzt 46,1% unseres Ziels erreicht. Wenn die versprochenen Spenden vom Seminar in Höhe von 8.310,- DM schnell eintreffen, schaffen wir unser Ziel!

F. Garvie, Redaktion Köln



Spendenkonto
VORAN
PschA Essen
2500 59-430

Stuttgarter Jusos mit großen Zielen

Mit etwa 50 Anwesenden war die diesjährige Jahreshauptversammlung der Stuttgarter Jusos die bei weitem größte seit einigen Jahren. Im letzten Jahr wurden zwei neue aktive JUSO-AGen gegründet. Schon 1985 wurden zwei AGen neu aufgebaut. Damit wurde die Grundlage für ein weiteres Wachstum des Kreisverbandes gelegt.

Auf der Jahreshauptversammlung wurde die Wachstumsleistung spiegelt sich das Wachstum und die Erfolge der letzten Jahre nicht nur in der Teilnehmerzahl, sondern auch in der Qualität der Diskussion wieder. Die Grundstimmung bei der Diskussion um den Rechenschaftsbericht und über die Perspektiven für die weitere Arbeit in der Zukunft war, daß es genug muß, aus dem Verband der Jungsozialisten eine kämpferische Jugendorganisation zu machen, die zu einem wirklichen Anziehungspunkt für politisierte Jugendliche wird.

Es muß gelingen, die tagesspolitischen Ereignisse wie Umweltkatastrophen oder gewerkschaftliche Kämpfe, zum Beispiel um die 35-Stunden-Woche, mit einer sozialistischen Perspektive zu verknüpfen. Denn nur eine sozialistische Gesellschaft wird in der Lage sein, die grundlegenden Probleme, die wir heute haben - also Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Armut - in den Griff zu bekommen. Durch das Instrument der demokratischen Wirtschaftsplanung wird es möglich sein, den Lebensstandard der Massen anzulieben und den Arbeitnehmern und den Jugendlichen eine Perspektive zu geben.

Die Versammlung beschloß mit großer Mehrheit eine Resolution der AG Mitte, die einen Vorschlag für zukünftige Aktivitäten des Kreisverbandes beinhaltet. Die Schwerpunkte im Jahr 87 sollen demnach bei der Unterstützung der IG Metall und der IG Druck im Kampf um die

wurde, verfassungsfeindlich sei. Klar, daß diese Kapitalistensöhnechen es vermeiden, gegen den Faschismus Stellung zu beziehen, ist doch der Faschismus eine Form des Kapitalismus. In dieses Bild paßt auch, daß die Junge Union nun gegen einen Teilnehmer der Veranstaltung einen gerichtlichen Prozeß vom Zaun bricht, weil dieser sich kritisch zur Schülerunion geäußert hat.

Die Besucherzahl von ca. 100 Leuten beweist, daß Neofaschismus kein Thema ist, was heruntergespielt werden darf. Einige der Anwesenden berichteten, daß sie schon oft von Nazis zusammengepackt wurden. Angesichts dieser Tatsachen steht die Jusos-Schülergruppe vor neuen Aufgaben.

Oliver Brunhuber, Aachen
Schüler, Jungsozialist

Verteilen der spanischen BRD-Bundressa einer Verteilern der spanischen Schülergewerkschaft SEEA

Kauf Einladung der Redaktion VORAN befindet sich vom 3.-14. Mai 1987 die Kollegen Schiedad Gonzalez Puano, Vorstandmitglied der spanischen Schülergewerkschaft SEEA, auf einer Tour durch die Bundesrepublik. Anbei jeweils eine von seinen jugendpolitischen Aussagen, an die sich VORAN-Leser wenden können, um weiteres Material zu erhalten.
Kauf: Einladung der Redaktion VORAN befindet sich vom 3.-14. Mai 1987 die Kollegen Schiedad Gonzalez Puano, Vorstandmitglied der spanischen Schülergewerkschaft SEEA, auf einer Tour durch die Bundesrepublik. Anbei jeweils eine von seinen jugendpolitischen Aussagen, an die sich VORAN-Leser wenden können, um weiteres Material zu erhalten.
Kauf: Einladung der Redaktion VORAN befindet sich vom 3.-14. Mai 1987 die Kollegen Schiedad Gonzalez Puano, Vorstandmitglied der spanischen Schülergewerkschaft SEEA, auf einer Tour durch die Bundesrepublik. Anbei jeweils eine von seinen jugendpolitischen Aussagen, an die sich VORAN-Leser wenden können, um weiteres Material zu erhalten.

Wenig Kampfgeist

Daß an der SPD-Basis in diesem Landtagswahlkampf wenig Kampfgeist vorhanden war, hat nichts mit dem gerade zurückliegenden Winterwahlkampf oder gar mit der Frühjahrsmitgliedschaft zu tun. Denn im Land wie im Bund schienen führende SPD-Genossen alles in Bewegung zu setzen, um von den eigentlichen gesellschaftlichen Mißständen abzulenken.

Holger Börner ließ die hessische Koalition leichtfertig platzen, setzte durch die vorgezogenen Neuwahlen die Mehrheit bewußt oder unbewußt aufs Spiel und ließ als seinen Nachfolger Hans Krollmann einsetzen, der schließlich dieselbe Koalition wieder anstrebte. Zwischendurch betrauten führende SPD-Vorstandsmitglieder von Lafontaine bis von Dohnanyi, daß man grundsätzlich mit jeder Partei, also auch CDU und FDP wieder koalieren können müsse.

Die Krise um die vorgeschlagene Pressesprecherin und Brandts Rücktritt kam „rechtzeitig“ zur heißen Wahlkampfphase und überlagerte völlig die Debatte um Kohls Regierungserklärung. Wenn dazu noch führende linke Vorstandsmitglieder mehr auf taktische Manöver und Absprachen setzen als auf eine offensive politische Überzeugung der Basis - woher sollen dann die „kleinen“ Parteimitglieder noch die Kraft und Hingabe nehmen, um die vielen Unentschlossenen und Gleichgültigen zu überzeugen und so den Wahlsieg zu garantieren? Daß von der Parole „Hessen wählt hessisch“ eine Sogwirkung in Richtung SPD ausgehen würde - daran glaubten wohl nicht einmal deren Urheber.

Kommende Auseinandersetzungen

Die Siege der Bürgerlichen im Bund und in Hessen bedeuten nicht, daß wir uns auf eine jahrzehntelange rechte Vorherrschaft einrichten müssen. Der bevorstehende Wirtschaftsausschlag und die Krise im Weltmarkt werden auch die für Hessen wichtige Metall- und chemische Industrie treffen. Betriebliche Kämpfe, Umwelterstörung, Volkszahlung und Abbau demokratischer Rechte werden viele wachrufen und an der Basis bürgerlicher Regierungen nageln. Eine der ersten Erklärungen W allmanns war:

„Im Zuge - das allein wird schon viele Menschen auf die Beine bringen, besonders angesichts der jetzt bekannt gewordenen Pöbeln und Unfälle. Aus all diesen Kampfen wird auch ein radikaler linker Massenbewegung der SPD Kraft schöpfen können, um die Partei politisch und personell aufzufrischen bzw. völlig zu erneuern. Doch kann man sich nicht als ein karrieristisches sozialistisches Programm aufhängen und ein karrieristisches sozialistisches Programm aufhängen und ein karrieristisches sozialistisches Programm aufhängen.“

Schülerstreiks gegen CDU-Bildungspolitik

Für echte Reformen im Bildungswesen

Bremerhaven

Am Dienstag, dem 31. März, haben wir in Bremerhaven einen Schülerstreik durchgeführt. Dieser Proteststreik richtete sich gegen die von den CDU-Kultusministern geplante Rückreformation des Abiturs.

Wir wollten mit unserer Aktion unseren städtischen Bildungsverantwortlichen - Bremerhaven ist SPD-regiert - Feuer unter dem Hintern machen, damit sie konsequenter gegen die CDU/CDU-Pläne kämpfen.

- Gegen diese Pläne setzen wir Schüler unsere Forderungen:
- Wiedereinführung des Schüler-BaFöGs
- Ausbau der Gesamtschule
- verstärktes Wahlangebot
- und wegen der katastrophalen Sparpolitik im Land Bremen vor allen Dingen:
- Aufhebung des Einstellungsstopps für Lehrer.

Die Demonstration war mit rund 600 Schülern recht gut besucht wobei zu meiner Überraschung viele Schüler aus unteren Jahrgängen da waren, die das Ganze erst in einigen Jahren betrifft. Die Stimmung war

gut und recht kämpferisch. Eine Jungsozialistin hielt eine Rede für die städtische Schülervertretung. Wir VORAN-Unterstützer konnten unsere Zeitung und unsere Broschüren gut verkaufen und sorgten für die Verbreitung revolutionärer Ideen in der Schülerbewegung. Besonders wiesen wir auf die Erfolge der spanischen Schülerbewegung hin und erklärten, daß eine solche Massenbewegung auch hier möglich sei.

Gunnar Böfles, Bremerhaven
Vorstandler Juso-Schülergruppe

Köln

Die Sven der Köhner Schulen erfuhrn erst am 10.3.87 von der Landes-schülervertretung (SV) NRW, daß eine Abi-Deform der CDU/CSU-Länder geplant wird. Ich berief sofort für die große Pause eine SV-Sitzung ein. Wir beschlossen, ein SV-Flugblatt herauszugeben. Wir informierten unsere Mitschüler darüber, was die CDU-Kultis vorhaben und daß wir am kommenden Mittwoch eine Vollversammlung des 9.-12. Jahrgangs abhalten.

sich. Die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse wird sich wieder in einer neuen Massenbewegung wie in Polen 1980/81 niederschlagen. Die Erfahrung mit der Gewerkschaft Solidarose hat jedoch gezeigt, daß jeder Versuch, eine Bürokratie schrittweise abzuschaffen oder wegzureformieren, schon im Ansatz gescheitert ist. Nötig ist eine politische Revolution zur Errichtung einer echten Arbeiterdemokratie, wie sie in der Sowjetunion unter Lenin und Trotzki von 1917 bis 1923 existierte.

Von einem solchen Programm ist Gorbatschow weit entfernt. Er will vielmehr die Herrschaft der Bürokratie retten und gleichzeitig die Bedürfnisse der Massen befriedigen. Ausdruck der Krise des Stalinismus ist die Tatsache, daß sich Gorbatschow in weitaus stärkerem Maße als andere „Reformer“ vor ihm auf die Arbeiterklasse gegen Teile der Bürokratie stützt. Der „Reform“-Kurs wird die Arbeiter ermutigen, selbst in Aktion zu treten. Und ob sie dann bei der „Perestroika“ da stehen bleiben, wo Gorbatschow ihnen Einhalt gebieten möchte, ist noch sehr fraglich.

Die Gorbatschow-„Reformen“ sind im Kern nichts anderes als der Versuch, durch kontrollierte Reformen von oben eine Revolution von unten zu verhindern.

In seiner Broschüre stellt Ted Grant die grundlegenden Argumente des Marxismus zum Stalinismus und zu den Gorbatschow-„Reformen“ dar. Damit knüpft er an die Tradition der marxistischen Klassiker an. Bereits in seinem 1936 geschriebenen Buch „Verrätene Revolution“ analysierte Trotzki zum einen die großartigen Erfolge der Planwirtschaft, aber auch die bürokratische Entartung des ersten Arbeiterstaates der Welt. Die Broschüre gibt im Anhang wesentliche Auszüge dieses Buches wieder. Diese neue Voran-Broschüre ist eine Pflichtlektüre für jeden Sozialisten und jeden Gewerkschafter. Auch Mitglieder und Anhänger der DKP sollten die Chance nutzen, sich kritisch mit den Vor- und Nachteilen der UdSSR auseinanderzusetzen.

Leo Schiffer, Köln

dort von ihrer SV überhaupt nicht informiert worden mit der Begründung, wen die Neuregelung des Abis interessiert, kann dies aus der Presse erfahren.

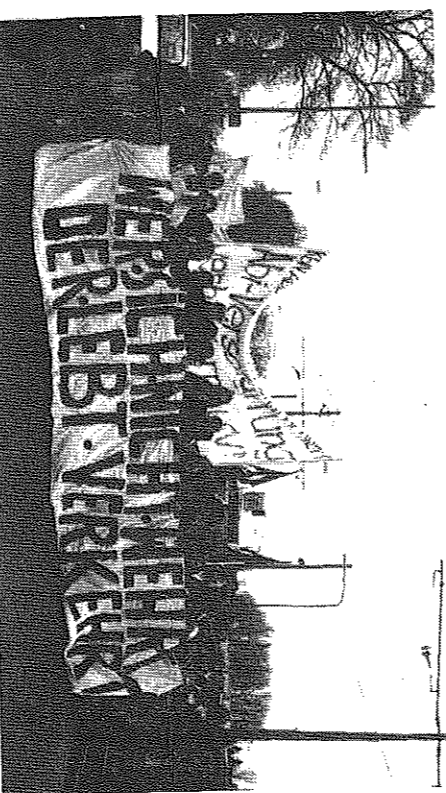
Anschließend marschierten wir zu unserer Schule zurück und machten alternativen Unterricht. In erster Linie wurde über das Thema Schülerrechte gesprochen. Auf unserer selbstgemachten Zeitung hin meldeten sich 14 Schüler, die an der Zeitung mitarbeiten wollen. Außerdem hatte sich eine Delegation aus dem nächstgelegenen Großbetrieb angekündigt, die uns allerdings leider verpaßte. Wir hatten uns an die Arbeiter dort gewandt, den Betrieb ein paarmal besucht und Unterstützung erhalten (Megaphon usw.).

Am 13. Mai soll an allen Kölner Schulen gestreikt werden mit anschließender Massenkundgebung, um den Herrschenden zu demonstrieren, daß die Schüler nicht die Fußballle ihrer Interessen sind.

Frank Habermann
Stellv. Schülersprecher
ISG Rodenkirchen

Hamburg

Am 1. April folgten über 20.000 Schüler - einige gar aus Schleswig-Holstein - dem Aufruf der „kommunistisch eingefärbten“ Schülerkammer (Flugblatt der Schülerunion) zum Schülerstreik - dem ersten seit Jahren. Man traf sich mittags vor der Schulbehörde, um gegen die Abi-Deform-Pläne der CDU zu protestieren und um den SPD-Schulsenator Grolle aufzufordern, bei der



Schülerdemos gegen Elite-Ausbildung zu Lasten von Arbeiterkindern

Sport

Profifußball in der Bundesliga

Die Diskussion um den Profifußball, inwieweit man diesen noch als Sport bezeichnen kann, haben in den letzten Wochen neuen Zündstoff erhalten - durch die „Erfüllungen“ Tomi Schumachers in seinem neuen Buch.

Allerdings dürfte wohl kaum ein Interesse an der Wahrheit oder gar Gewissenbisse Schumachers Anlaß waren eher die zu erwartenden Umsätze und Gewinne, an denen auch Schumacher beteiligt ist. Richtig ist aber, daß viele Profifußballer leistungssteigernde Medikamente schlucken, um besser zu spielen und somit mehr zu verdienen. Die Funktionäre des DFB wollen aber nicht zulassen, daß am Image des Profifußballs gekratzt wird. Deshalb hat-

ten sie Schumacher aus der Nationalität geteufelt. Sie hatten Angst, daß noch mehr Unsportlichkeiten im Fußballsport ans Tageslicht kommen könnten. Schließlich ist Fußball die Sportart Nr. 1 in der BRD. Der DFB ist größter Einzelsportverband der Welt. An jedem Wochenende sind massenhaft Menschen zu Vereinsspielen unterwegs. Allein die 1. Bundesliga hat im Schnitt 170.000-180.000 Zuschauer pro Spieltag. Partei- und Gewerkschaftsveranstaltungen müssen mit Rücksicht auf große Fußballereignisse geplant werden.

Kultusministerkonferenz am 2./3./4. in Saarbrücken gegen diese Pläne zu stimmen. Später zogen noch ca. 10.000 Leuten zum CDU-Büro (namentlich in Alsternähe), wo eine Karre Mist abgeladen wurde und einige Anarcho-Leute, die zum erstmaligen bei einer Demo waren, mit Eierwürfen auf Bullen und Büro die Leute verschreckten.

Die CDU strebt eine Elitebildung an. Arbeiterkinder würden es also wieder schwerer haben, denn wer soll die Nachhilfestunden bezahlen? Die Schulen sind im Kapitalismus nicht dazu da, um allen eine umfassende Bildung zu vermitteln, sondern um die Nachfrage der Kapitalisten nach qualifizierten Arbeitskräften zu stillen! Gibt es ein Überangebot, errichtet man Hindernisse, um Geld zu sparen. Die Arbeit wird immer mehr zu entfremdeter Arbeit; da reicht es, einige Handgriffe zu beherrschen. Folge: Haupt- und Realschulen werden immer dürftiger ausgestattet. Es wurde weniger versäumt, deren Schüler - von Arbeitslosigkeit bedroht - in den Kampf miteinzuzubeziehen. Die spanische Schülerbewegung siegte nur, weil sie ein Programm für alle anbot und die Unterstützung der Gewerkschaften suchte. Der nächste Aktions-bisher nicht. Der nächste Aktionstag soll der 11.6. sein: Dann tagt die Kultusministerkonferenz in Hamburg. Aber warum eine 2 1/2-monatige Pause einlegen, warum ist der nächste Aktionstag kurz vor dem Sommerferien? Die Bewegung kann sich dann doch kaum noch ausweiten. . . .

Dirk Möller, Hamburg Schüler

kommen. Im Gegenteil: Vom Staat wurden die Vereinszuschüsse sogar noch gekürzt. Dies stellt die Situation auf den Kopf; richtig wäre eine gesicherte finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Kassen für alle Vereine und nicht an private Interessen gebundene Spende für einzelne Clubs.

Auch für Spielertransfers müssen oftmals finanzkräftige Sponsoren einspringen, um die Ablösesummen in Millionenhöhe bezahlen zu können. Solche Transaktionen kommen schon Menschenhandel gleich: Spitzenspieler werden an den Meistbietenden verkauft. Aber auch die Gehälter dieser Spieler sind viel zu hoch, sie sind durch deren Leistung keinesfalls gerechtfertigt. Schließlich kommt dieses Geld über die Eintrittspreise aus dem Geldbeutel der Arbeiter. Andererseits sind auch nur die Spitzenspieler sowie Spieler der 2. Bundesliga haben oftmals sogar eine relativ schwache soziale Absicherung. Viele haben in der Hoffnung auf schnellen Erfolg berufliche Ausbildungen bzw. Studium abgebrochen. Bei ernsthaften Verletzungen bzw. Ausscheiden aus dem Profifußball sind diese ohne sichere wirtschaftliche Grundlage. Profifußballer sollte also nur werden, wer eine abgeschlossene berufliche Qualifikation hat. Ihnen müsste dann auch eine spätere Wiedereingliederung in ihren Beruf garantiert werden, d.h. ein Arbeitsplatz. Auch sollten die Profifußballer nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen. Erst wenn der Sport unabhängig ist von Spenden, Spitzenspieler, Profifügler und Finanzkräften, kann der Profifußball zu seinem eigentlichen Sinn zurückkommen - Freizeit, Spaß, Ausgleich, Unterhaltung usw.

Achim Kistemann, Aachen
Jungsozialist

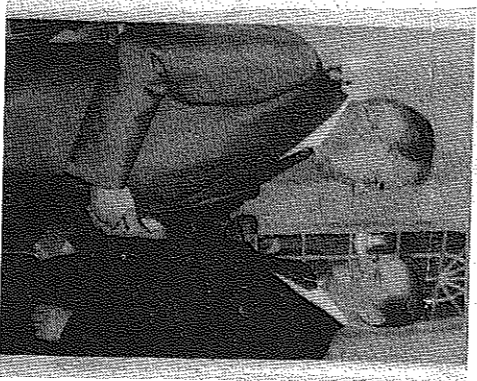
Marxismus und Staat

Bürgerliche Herrschaft Sozialistische Demokratie

Der „Hamburger Polizeikessel“, die jüngsten Polizeieinsätze in Göttingen, die Aktionen von Brokdorf und Wackersdorf, die sogenannten Sicherheits- und Anti-Terror-Gesetze - was bedeutet das? Wird hier die Einrichtung Staat ausgetübelt und handelt, um die Sicherheit seiner Bürger zu schützen, um die Menschen in der Bundesrepublik vor wild um sich schießenden Terroristen zu bewahren, um „das Demonstrationsrecht der friedlichen Kundgebungsteilnehmer zu verteidigen“ - gegen die allseits bekannten „Chaoten“?

Der Staat als Maschinerie des Interessenausgleiches, als neutrales Geflecht, welches Gerechtigkeit schafft und die Gesellschaft in ihren Schranken hält - dies ist das Bild, das uns vermittelt wird. In der Schule lernt man ausführlich den Aufbau „unserer Demokratie“, in den Medien wird bei jeder Demonstration das „Gewaltmonopol des Staates“ beschworen, die Politiker der Rechtsparteien und auch viele Grüne und SPD-Genossen erschauern, wenn man bezweifelt, daß Justiz und Polizei dem „Allgemeinwohl“ dienen.

Doch gerade in den letzten Jahren haben viele Arbeiter und Jugendliche in ganz Westeuropa andere Erfahrungen gemacht. Während des Streiks um



1) Hier entstehen Gesetze ... (Kohl mit Flick-Manager von Brauchitsch)

die 35-Stunden-Woche mußten die Kollegen zusehen, wie die Polizei Streikbrecher in die Betriebe schleuste, wie der Bundesgrenzschutz bei Manövern die Zerschlagung von Streiks probe und die Gerichte hart mit Arbeitern umgingen, die Streikbrechern den Zugang zum Betrieb verwehrten. Die Gerichte übten aber Nachsicht mit Streikbrechern, die Streikposten mit Autos überführten und sie dabei fast töteten.

Kämpfe der letzten Jahre

Viele Arbeiter, aber vor allem Jugendliche mußten in Wackersdorf und anderswo erleben, wie Demonstrantinnen durch massiven Einsatz von Schlagstöcken, Wasserwerfern und dem Vietnam-Gas CS von Polizei und BGS aufgelöst wurden und wie die Kundgebungsredner durch Bombardierung mit Gasgranaten am Sprechen gehindert wurden.

All diese Erfahrungen lassen einen nicht gerade zu dem Schluß kommen, daß Polizei und Justiz das Demonstrationrecht verteidigen oder für den geregelten Ablauf eines Arbeitskampfes sorgen.

Die Erfahrungen der Kämpfe der letzten Jahre und Monate lassen immer mehr Menschen an der Neutralität des Staates zweifeln. Viele sehen, daß in Wackersdorf die Interessen der Atommafia durchgekuppelt werden, daß durch den Einsatz aller Teile des Staatsapparates der Konzern die Arbeit

Die Frage des Staates ist eine der Kernfragen für die Arbeiterbewegung auf dem Weg zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Kann der Staat für die Zwecke der Arbeiter benutzt werden? Wie muß er verändert werden? Wie muß sonst mit ihm verfahren werden? Das sind Fragen, an denen Sozialisten und Gewerkschafter nicht vorbeikönnen.

Eine Betrachtung der Menschheitsgeschichte zeigt, daß der Staat nicht die Wirklichkeit einer Idee ist und daß er nicht immer bestand. Er war vielmehr ein Ergebnis der gesellschaftlichen Verhältnisse, ein Ergebnis der jeweiligen historischen Situation.

Entstehung der Klassen-Entstehung des Staates

In der Frühphase der Menschheitsentwicklung waren die Produktivkräfte (Technik, Geräte, Wissenschaft) noch auf einem sehr niedrigen Stand. Es gab nur Produktion für den Eigenbedarf und alle führten die gleiche Tätigkeit (Jagen, Fischen) für sich und ihre Sippe aus. Es gab also keine organisierte gesellschaftliche Arbeitsteilung, Produktion für den Überschuß, also kein gesellschaftlich produziertes Mehrprodukt, um dessen Verteilung hätte gekämpft werden müssen. Grundsätzlich hatten alle Menschen die gleiche Stellung zu den Produktionsmitteln (damals: Axt, Speer usw.); dagegen heute: Fabriken, Maschinen). Es existierte zu dieser Zeit eine klassenlose, eine urkommunistische Gesellschaft. Bezeichnenderweise existierte auch kein Staat, das Zusammenleben der Sippen und Stämme wurde nicht durch eine übergeordnete, besondere Organisation geregelt.

Mit der Weiterentwicklung der Produktivkräfte entstand die Überschußproduktion und damit auch der Kampf um dieses Mehrprodukt. Die Gesellschaft differenzierte sich in Klassen: Sklaven und Sklavhalter. Im Prozeß der Entstehung dieser ersten Klassengesellschaft bildete sich auch der Staat heraus - als Gebilde zur Machterhaltung der Sklavenhalterklasse. Dazu schreibt Friedrich Engels in seinem grundlegenden Werk „Die Entstehung des Privateigentums, des Staates und der Familie“:

„Der Staat ist also nicht von Ewigkeit her. Es hat Gesellschaften gegeben, die ohne ihn fertig wurden... Auf einer bestimmten Stufe der ökonomischen Entwicklung, die mit Spaltung der Gesellschaft in Klassen notwendig verbunden war, wurde durch diese Spaltung der Staat eine Notwendigkeit.“ Und weiter: „...er (der Staat) ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlöslichen Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist.“

Durch all die Jahrhunderte, unter allen Formen der Klassenherrschaft bleibt der Staat „das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze“ (Lenin). Er ist nach Engels Worten „in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch

se wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse.“ Was sind nun diese „neuen Mittel“, was ist der Kern des Staatsapparates? Engels beantwortet diese Frage kurz und knapp:

„Haufen Bewaffneter“

Für ihn besteht die Macht des Staates in zugespitzten Klassenkämpfen letzterendes „in besonderen Formationen bewaffneter Menschen, die Gefängnisse und anderes zu ihrer Verfügung haben“, oder zeitgemäßer: Polizei, Armee und Justiz. Konkret bedeutet das, daß diese Teile des Staatsapparates nicht zur Aufrechterhaltung der Ordnung an sich, sondern zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft dienen.

„Aber wir haben doch ein demokratisches System, das Parlament kann doch auch für die Interessen der Arbeiter benutzt werden! Ist der Staat also nicht veränderbar?“, wird jetzt mancher ausruhen. Das Problem dabei ist jedoch, daß das Parlament eben nicht die wahre Macht ausübt, denn die Bourgeoisie hat weitaus entscheidendere Teile des Staatsapparates unter ihrer Kontrolle: die staatliche Verwaltungsmaschinerie, der militärische Apparat, Polizei und Justiz. Die hohen Staatsbeamten, Armee- und Polizeibeamtensie alle bleiben, mögen auch Parlamentarier und Regierungen wechseln.

Gerade in der BRD haben wir mit dieser Zähigkeit und Ausdauer unsere Erfahrungen: Ein Großteil der Militärs und des Justizapparates der Nachkriegsjahre wurde direkt vom Nazistaatsapparat übernommen.

So wird also nur ein kleiner Teil des Staates, und bei weitem nicht der entscheidende, durch die Mehrheit der Bevölkerung bestimmt. Und auch das Parlament und die Regierung sind durch gesetzliche Mechanismen vor einer umfassenden Kontrolle geschützt (alle 4 Jahre ein Kreuzziehen hinter Kandidaten, die von Parteien ausgewählt werden, kein Einfluß auf einzelne Sachentscheidungen usw.). Kontrollierbar ist die Volksvertretung und der Apparat vor allem für Flick und Konsorten, also durch das Kapital kraft seiner ökonomischen Macht. Dies bedeutet nicht, daß es gleichgültig ist, welche Regierung an der Macht ist und welche Vertreter im Parlament sitzen. Anzustreben ist, konsequente Vertreter von Arbeiterinteressen zu wählen und eine Mehrheit für sozialistische Politik und eine Regierung auf dieser Grundlage zu erreichen. Doch auf dieses muß man vorbereitet sein: Sollten die arbeitenden Massen tatsächlich die

Notbremse

„Freiheit“ besitzen und eine Regierung wählen, welche sich mit dem Kapital anlegt, so wird die herrschende Klasse mit Hilfe des Staatsapparates versuchen, die Notbremse zu ziehen und, Armee und Polizei einzusetzen, um die gewählte Regierung zu stützen. Davor kann nur die gleichzeitige außerparlamentarische Mobilisierung der Massen schützen.

Es war kein Austritscher, daß sich in Chile 1973, in Spanien 1936 usw. Teile des Staatsapparates gegen die von den Arbeitern gewählten Regierungen erhoben. Es lag nicht an den Fehlern der Entnazifizierungskampagne, daß letztendlich kaum entnazifiziert wurde. Es ist kein Zufall, wenn Streiks durch Polizeieinsätze behindert bzw. zerschlagen werden.

Der Staat ist kein „neutrales Wesen“, das sich „zufällig“ für die Unternehmer entscheidet, weil diese in der Gesellschaft die die Oberhand haben. Er kann auch nach einer sozialistischen

Nein, das Schicksal des Kapitalismus, das Schicksal des Privatigentums an den Produktionsmitteln ist ursprünglich mit dem des Staates, der dieses System schützt, verbunden. Die Interessen der Spitzenbeamten und -offiziere, die oft genug aus der Kapitalistenklasse selbst kommen, sind durch privilegierte Stellung, Traditionen, Lebensstandard und eine genaue Auswahl mit denen der Unternehmer verbunden.

So konnte die unterdrückende Staatsapparatur in Deutschland alle Änderungen des Regierungssystems, alle Änderungen in der Art und Weise, wie die Diktatur des Kapitals ausgeübt wurde, gut überstehen. Vom Kaiserreich über die „Weimarer Republik“, über den Hitlerfaschismus bis zur heutigen BRD - zumindest im westlichen Teil Deutschlands blieb der Kern des Systems bestehen.

Vorbereitungen des Kapitals

Schon heute wird der Ausbau des starken Staates (Bewahrung der Polizei, Trainieren für die Aufstandsbekämpfung, Verschärfung der Gesetze), also die Vorbereitung der herrschenden Klasse auf die kommenden Klassenkämpfe, nur geringfügig durch die parlamentarische Demokratie behindert. Nicht zufällig ist die BRD, im Vergleich mit anderen demokratischen Ländern, einer der am besten ausgebildeten und hochmilitarisiertesten Überwachungsstaaten, wenn nicht der leistungsfähigste überhaupt.

Lenin erkannte 1917: „Insbesondere aber weist der Imperialismus, weist die Epoche des Bankkapitals... eine ungewöhnliche Stärkung der „staatsmaschinere auf, ein unerhörtes Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparats in Verbindung mit verstärkter Repressalien gegen das Proletariat sowohl in den monarchistischen als auch in den freiesten, republikanischen Ländern.“

Dieses Unterdrückungspotential wird heute noch mit halber Kraft gefahren und lange nicht voll ausgenutzt. Doch wenn die parlamentarische Demokratie zu riskant für die herrschende Klasse wird, wenn durch scharfe Wirtschaftskrisen die Klassenkämpfe zunehmen, wenn die Arbeiterbewegung sich radikalisiert und erstarkt - dann wird das Kapital nicht vor dem Versuch zurückschrecken, seine Herrschaft mit diktatorischen Methoden zu sichern und wird dabei die Mittel einsetzen, die schon heute existieren.

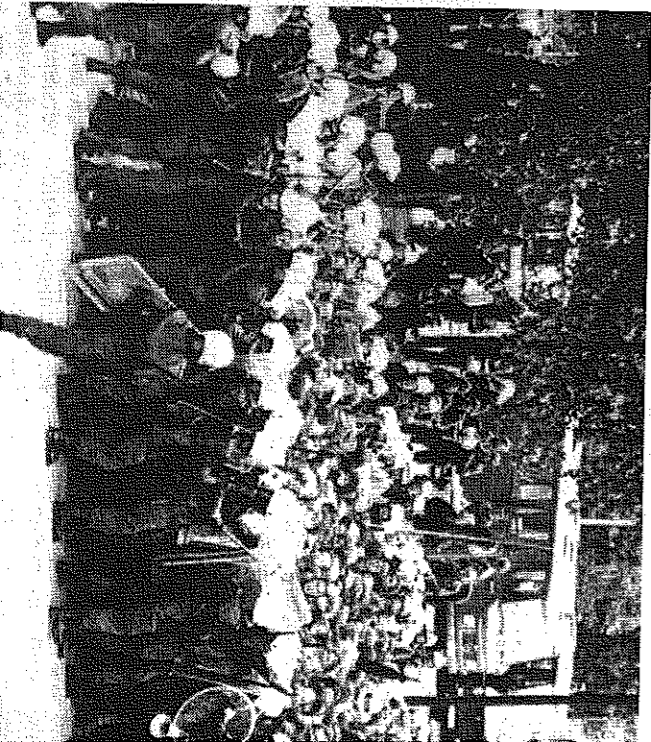
Dies zeigt in der deutschen Geschichte besonders ansehnlich Ende der Weimarer Republik. Kapital ganz klar auf die Seite einer faschistischen Diktatur. Doch erst wenn die Arbeiter gefährlich stark wird, Kapitalisten in diese Richtung unter den Bedingungen latenten Ruhe im Klassenkampf „Demokratie“ die billigste, die günstigste Ausprägung der

des Kapitals: Jeder Schritt Konterrevolution und dann Militärdiktatur birgt ein Unannehmlichkeiten und Unannehmlichkeiten in der Arbeiterklasse auch eine Revolution hervor - letztendlich Kapital Bourgeoisie also ins eigenschnitten und die Arbeiter treiben. Zweitens ist ein weiteres Parlament, welches jedesmal bei Anwendung gegenüber geschlossen ist viel besser der Kontrolle der Unternehmen als abgeobene Cliguen len fanatisierten Militärs, die züg und allein auf bewaffnet, also auf nackte Gewa Und zuguterletzt ist die dem Herrschaftsform einfach bil

Parlamentarismus

Vorteile hat die bürgerliche Demokratie jedoch auch für die Arbeiter. Kann der Kampf im allgemeinen legalen Ebene organisiert werden, können laufen öffentlich, es breite, offene und demokratische Diskussion in der Arbeiterbewegung führt werden.

Ein lange Phase der parlamentarischen Demokratie wie in der bürgerlichen Nachkriegszeit war Illusionen, sondern auch die Arbeiterbewegung Organisationen. Insofern ist zu betonen, daß zwar durch die Demokratie der Kapitalismus nicht angehalten wurde, kann es den Arbeitern aber sein, ob sie unter den Bedingungen des parlamentarischen oder des diktatorischen kämpfen. Die irrtümlichen „Kapitalismus erden Vorteile sind nicht freiden Unternehmen zugestanden, es sind von den Arbeiterkämpfe Errungenschaftlerkämpfen wir Marxisten für die digung sämtlicher demokratischen Organisationen der Arbeiter eins machen wir auch ganz kl den Bedingungen des Kapitalismus keines dieser Rechte auf Dau



Poln ersetzen



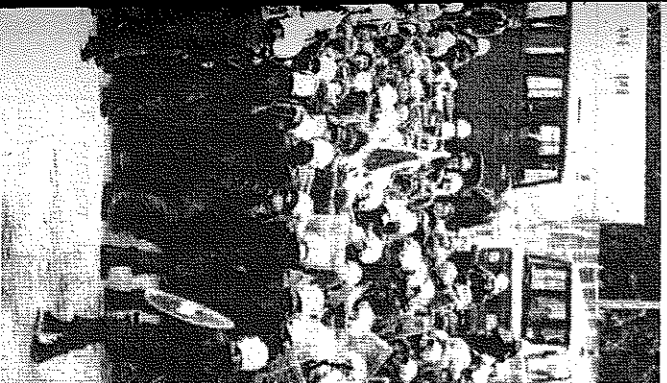
2)...hier werden sie „wasserdricht“ gemacht ... (Bundesverfassungsgericht)

Was ergeben sich daraus nun für Konsequenzen für die Arbeiterbewegung auf dem Weg zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft? Karl Marx drückte es so aus: „Die bürokratisch-militärische Maschinerie muß zerbrochen werden.“ Lenin bestand auf der „Vernichtung des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparats der Staatsgewalt“.

Staat „zerschlagen“

„Vernichten“, „zerschlagen“, „zerbrechen“ - das, so wird manch einer denken, schreit geradezu nach Blutvergießen und Massaker! Was bedeutet dies aber nun wirklich? Wenn Lenin von der Notwendigkeit der Vernichtung des kapitalistischen Staates spricht, so meint er damit nichts anderes, als daß die Arbeiterklasse den alten Apparat nicht übernehmen kann, ihn außer Funktion setzen muß, indem sie dessen Basis, die kleinen Beamten, die Soldaten usw., auf die Seite der sozialistischen Bewegung zieht und Teile, die bereit sind, sich der Revolution mit Waffengewalt entgegenzustellen - z.B. Eliteneinheiten wie die GSG 9 - so isoliert, daß sie ihre Sache als aussichtslos ansehen und aufgeben.

Die „Zerschlagung des bürgerlichen Staates“ heißt also, daß alle bürokratischen und militärischen Mittel der herrschenden Klasse unbrauchbar gemacht werden. Dies ist nur möglich durch eine breite Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend. Eine konsequente, sozialistische Führung ist nötig, die auf staatliche Übergriffe vorbereitet ist und gezielt daraufhin orientiert, die unteren Schichten des Staatsapparates auf die Seite der Arbeiter zu ziehen. Beispiele in der Geschichte gibt es genug, wo dies gelungen ist und z. B. Soldaten und



Polizisten unter dem Ansturm einer Massenbewegung neutralisiert oder herübergezogen werden konnten. Dies war der Fall im französischen Mai 68, wo 11 Millionen Arbeiter und Jugendliche auf der Straße waren und Polizei und Soldaten sich weigerten, dagegen vorzugehen. In der russischen Revolution wählten die Soldaten ihre eigenen Vertretungen und setzten die zaristischen Offiziere ab. In der deutschen Revolution von 1918/19 bildeten sich ebenfalls Arbeiter- und Soldatenräte, die Armee und der alte Staatsapparat waren zunächst machtlos. Oder, um ein aktuelleres Beispiel anzuführen: Die Soldaten des Ex-Diktators Marcos auf den Philippinen waren gegen die Massenbewegung nicht einsetzbar.

Räte-demokratie

Doch diese Vernichtung der alten Strukturen heißt noch lange nicht, daß wie die Anarchisten glauben, keine Staatsmacht mehr gebraucht wird und die klassenlose Gesellschaft unmittelbar erreicht werden kann. Denn parallel zur Vernichtung der alten staatlichen Strukturen muß ein neuer, demokratischer Arbeiterstaat aufgebaut werden. Ohne diesen Staat ist die arbeitende Bevölkerung nicht in der Lage, ihre Herrschaft gegen die Reste der alten Ausbeuterklasse zu sichern und die sozialistische Demokratie zu organisieren.

In allen großen revolutionären Bewegungen bildeten sich Räte oder räteähnliche Organe, die die Massen im Kampf selbst schufen. Es entstand eine Art Doppelherrschaft: Der alte Staatsapparat war zwar machtlos, existierte aber noch; mit den Räten waren zwar in Keimform die Organe eines zukünftigen Arbeiterstaates geschaffen, doch mangels marxistischer Führung, wurden diese Ansätze nicht konsequent zuende entwickelt.

Ohne die Ersetzung der Kapitalsherrschaft durch die der Arbeiter entsteht ein Machtvakuum, die großen Errungenschaften sind ungeschützt und die Bourgeoisie kann die Gelegenheit nutzen, den alten Unterdrückerstaat wieder aufzubauen und das Mittel in die Hand bekommen, um die Arbeiter entscheidend niederzuschlagen.

Die marxistische Vorstellung vom proletarischen Staat gründet sich auf diese geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterklasse im Kampf um die Staatsmacht und die Lehren, die unter anderem Marx und Lenin aus diesen Kämpfen gezogen haben. Die marxistische Theorie vom Staat stützt sich auf die Erfahrungen der Pariser Kommune 1871, den Aufbau des ersten Arbeiterstaates in der Sowjetunion und auch auf die Kämpfe der ungarnischen Arbeiter gegen die stalinistische Bürokratie 1956. Während dieser Revolutionen hat sich gezeigt, wie die Arbeiter ihren Staat organisieren und die Räte-macht aufbauen - nicht anhand von Theorien sondern anhand der Notwendigkeiten der sozialistischen Umwälzung.

Demokratische Prinzipien

Ein demokratischer Arbeiterstaat unterscheidet sich in allen wesentlichen Zügen vom heutigen bürgerlichen Staat. Schon Lenin hat in „Staat und Revolution“ die grundlegenden Prinzipien eines solchen Staates dargelegt: Alle Funktionen der sämtlichen Bereiche der Gesellschaft müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein und dürfen nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen.

Statt unkontrollierbarer Gewaltenteilung und dem Vorhandensein einer abgehobenen, privilegierten Clique von höheren Beamten, Offizieren und Juristen, muß der Arbeiterstaat auf einem alle Bereiche umfassenden System von Räten basieren, die sowohl beschließende als auch ausführende Gewalt haben müssen.

Er braucht auch keine „besonderen bewaffneten Formationen“, denn schließlich muß er nicht ein Ausbeutersystem gegen die Mehrheit der Bevölkerung verteidigen. Daher kann er sich auf bewaffnete Einheiten unter Kontrolle der Arbeiter stützen, wie sie ebenfalls schon in vielen revolutionären Bewegungen in Form von Arbeitermilizen spontan gegründet wurden.

Aus heutiger Sicht, nach den furchtbaren Erfahrungen mit der stalinistischen Entartung der Oktoberrevolution, würden wir noch ein weiteres Prinzip hinzufügen: das Recht aller Parteien, ihre politischen Ideen zu vertreten. Der Staat in einer solchen sozialistischen Demokratie hätte nicht gemeinsam mit den totalitären Diktaturen in den osteuropäischen Ländern, deren herrschende Schicht sich zu Unrecht auf Marx und Lenin beruft.

Auf der Grundlage einer demokratisch kontrollierten Planwirtschaft, mit der raschen Entwicklung der Produktivkräfte, Hand in Hand gehend mit immer weiterer Verkürzung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, mit der Anhebung des Bildungs- und Kulturniveaus der Bevölkerung, mit dem Rückgang bürgerlicher und kleinbürgerlicher Einflüsse könnte der Staat dann Zug um Zug seiner Unterdrückungsfunktion entleert werden. In diesem Sinne würde der Staat - wie Engels sich ausdrückte - „absterben“. In einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft würde er mehr und mehr zum reinen „Verwaltungsstaat“, und auch diese Aufgaben könnten zunehmend in gesellschaftliche Selbstverwaltung übergehen.

Dazu schreibt Friedrich Engels: „Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlager freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die Staatsmaschinerie dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt.“ Dies ist allerdings selbstredend nicht isoliert in einem einzelnen Land möglich. Die Idee vom „Sozialismus in einem Land“, wie sie von Stalin und seinen Nachfolgern propagiert wurde, ist völlig utopisch und reaktionär. Wegen der Verflechtung des Weltmarktes und des fundamentalen Gegensatzes zwischen kapitalistischen und Arbeiter-Staaten ist der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung letztlich nur auf internationaler Ebene zu sichern.

Staat und Volkszählung

WOZU DER KRAFTAKT?

Auch in Sachen Volkszählung ist der Staat sicherlich kein neutraler „Freund und Helfer“. Zwar versucht man uns gerade weiszumachen, alles würde besser, wenn der Staat nur die Zahlen hätte. Dann könnte er die Arbeitslosigkeit besser in den Griff kriegen. Wohnungsgespässe besitzgen, mehr Busse und Bahnen einsetzen, wo Bedarf besteht, bildungs- und berufspolitisch planen, usw. Allerdings fragt man sich da, warum all diese wunderbaren Dinge nicht schon nach der letzten Volkszählung 1970 geschehen sind. Warum stieg die Arbeitslosigkeit, warum fehlen die Kindergärten und billiger Wohnraum? Wer soll in Zeiten, wo überall öffentlichem Personennahverkehr und Bahnstrecken glauben?

Was steckt eigentlich wirklich dahinter? Warum soll die Volkszählung durchgedrückt werden, kostet es, was es wolle? Für staatliche Kontrollen und Schnüffler ergeben sich vielfältige Betätigungsfelder. Zum Beispiel:

- Ausländer, die keinen ausreichenden Wohnraum nachweisen (unter 6qm). Können ausgewiesen werden. Natürlich dürfen die Erhebungsdaten nicht an die Ausländerbehörde weitergeleitet werden. Aber wer will das kontrollieren? Natürlich könnte der Staat theoretisch auch gegen die



3)...hier werden sie durchgesetzt ... (Polizeieinsatz gegen AKW-Gegner)

Unter den Bedingungen einer relativen Stabilität des kapitalistischen Systems in der BRD und einer daher ruhenden relativen Ruhe im Klassenkampf bis in die achtziger Jahre hinein, blieb die marxistische Auffassung vom bürgerlichen Staat für viele Arbeiter nur graue Theorie. Nur wenige Arbeiter machten persönliche Erfahrungen mit dem Klassencharakter des Staates. Eigentlich erlebten in ganz Norddeutschland, Kernkraftgegnern oder nationale Minderheiten (Schwarze in England) die Gewaltbereitschaft und den Unterdrückungscharakter des Staatsapparates der westlichen Demokratien.

Erfahrungen der Arbeiter

Unter dem Eindruck von sinnlosen Terroranschlägen der RAF wurde der Reaktion Vorschub geleistet, deren Propaganda leichter verstanden konnte: Verscharfte Sicherheitsgesetze und polizeikriegsmäßige Ausrüstung von Polizei und BGS seien notwendig, um „friedliche Bürger“ vor Terroristen und „gewalttätigen Minderheiten“ zu schützen. So konnten die Herrscher vor der Mehrheit der Bevölkerung verschleiern, wozu die Aufrüstung wirklich diene: zum Schutz des Privatigentums an den Produktionsmitteln.

Doch schon in den letzten Jahren hat sich die Situation geändert und wird sich weiter ändern. Im Zuge der sich verschärfenden Klassenkämpfe in Mittel- und Nordeuropa seit 1984 haben viele Arbeiter eigene Erfahrungen gemacht: Britische Bergarbeiter und Drucker erlebten die ganze Brutalität des Staatsapparates, der sie zu Hunderten verhaften und zusammenschlagen ließ, während des belgischen Generalstreiks im Frühjahr 86 haben sich große Teile der Arbeiterklasse schwere Schlächen mit Polizeieinheiten gelitten. Auch die deutschen Metalller und Drucker erlebten einen Vorgeschmack

Vermieter von menschenunwürdigen Massenunterkünften vorgehen. Aber eher geht ein Kamel durch's Nadelöhr. . . .

- Man kann die soziale Struktur eines Stadtteils oder einer Gegend flächendeckend ermitteln. Wo sind geeignete Standorte für AKW's, industrielle Großprojekte, Autobahntrassen, u.a., gegen die Widerstand zu erwarten ist? Wo sind viele Wohngemeinschaften, wohnen viele junge Leute, wo könnte der Widerstand am größten sein? Oder wo ist ein Stadtteil mit vielen alten Leuten und überaltertem Wohnbestand, der am leichtesten Sanierungsmaßnahmen überantwortet werden kann?

- Im Zusammenhang mit anderen Dateien (z.B. Verfassungsschutz u.ä. Einrichtungen), mit maschinellen Personalansätzen, mit anderen Zentralregistern (z.B. Verkehrs-sünder-Karte) lassen sich ganze Daten über Widerstandspotential, Gewerkschaftsaktivisten, linke Kräfte, zusammenstellen, gespickt mit Einzeldaten über die betroffenen Personen (Einkommensquellen, Arbeitsgeber, Bewegungsprofil). In Großbritannien wurde kürzlich eine Liste von 250.000 angeblich „subversiven Kräften“ in der Industrie bekannt, die von einem privaten Arbeitgeberverein zusammengestellt wurde. Auch bei uns sind solche

„schwarzen Listen“ nicht auszuschließen. Dies alles vor dem Hintergrund von Gesetzesverschärfungen zur Kriminalisierung von Widerstand. . . .

- Auf Grundlage der Volkszählung 1970 wurde sennerzeit der Energiebedarf prognostiziert und damit die Notwendigkeit von Atomenergie begründet. Auch diesmal könnten aus der Volkszählung alle Möglichkeiten pseudo-wissenschaftlichen Begründungen für die Politik abgeleitet werden. Wer könnte das Gegenteil beweisen?

Natürlich ist ein Großteil dieser und weiterer Möglichkeiten nur gegeben, wenn die Daten bestimmten Personen wieder zugeordnet werden können. Da aber die personenbezogenen Daten bis zum Ende der Volkszählung mit den Erhebungsdaten zusammenbleiben, ist dies ohne weiteres möglich. Die gleichen Ordnungsnummern auf Erhebungs- und Mantelbogen erlauben ebenfalls eine Identifizierung. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sind in diesem wie in anderen Punkten nicht eingehalten.

Kein Wunder, daß nach einer EMNID-Umfrage Ende März nur 50% entschlossen waren, die Fragen zu beantworten. 36% waren unentschlossen, 14% wollten bojkottieren. Es gilt jetzt so viele Unentschlossene wie möglich zum Boykott zu bewegen.

Hinweis: Ein VORAN-Infodienst zur Volkszählung kann über die Redaktionsanschrift bezogen werden.

Claus Ludwig, Bremerhaven
Jungsozialist

Arbeiter kämpfen gegen Ausbeutung

„Modell Japan“ am Ende

Japan ist das wirtschaftlich drittstärkste Land der Welt. Nach den USA und der Sowjetunion ist es der größte Rohstoffimporteur und Exporteur von Maschinen und Kapital mit einem Anteil von 10% an der Weltproduktion. Die Unternehmer in der BRD haben Japan immer als leuchtendes Beispiel dargestellt: fleißige, genügsame Arbeiter, die ihre „Sozialpartner“ lieben und verehren, und vor allem nicht so viel fordern. Doch die Realität sieht heute anders aus.

Niedrige Löhne und geringe nationale Rüstungsausgaben (weniger als 1% des BSP) waren die entscheidenden Antriebskräfte des Aufschwungs. Die Gewinne werden in den 60er Jahren in Japan (und nicht im Ausland) investiert. Die Industrieproduktion wird vor allem in den Branchen gefördert, die gute Absatzchancen auf dem Weltmarkt haben. Die stark am Außenhandel orientierte Wirtschaft Japans hat wichtige Bereiche der Infrastruktur lange vernachlässigt. Zwar ist die durchschnittliche Versorgung der japanischen Arbeiter mit Autos, Haushaltsgeräten usw. Weltspitze; der öffentliche Verkehr, die Versorgung und Entsorgung der Siedlungen und der Umweltschutz sind jedoch besonders im Boom der 60er Jahre Stückränder der Entwicklung. So sind heute nur knapp ein Drittel der Häuser in Japan an die Kanalisation angeschlossen.

Die Löhne der japanischen Produktionsarbeiter liegen heute über dem, was in den meisten Ländern Westeuropas verdient wird (außer der Schweiz). Das gilt aber nur, wenn man die Verbraucherpreise außer acht läßt, die in Japan sehr hoch sind: so muß ein japanischer Arbeiter für einen Lebensmittelpaket viermal so lange arbeiten wie ein Amerikaner. Außerdem sind die Arbeitsbedingungen für die meisten Arbeiter in Japan noch härter als z. B. in der BRD. Sie haben nur Anspruch auf 15 Tage Jahresurlaub davon wird nur die Hälfte tatsächlich genommen! Es gibt keine tarifvertraglichen Arbeitsregelungen für ganze Branchen, so daß besonders in kleineren Betrieben auch heute noch 48 Stunden und mehr gearbeitet wird (48 Stunden sind die gesetzliche Grenze).

Super-Ausbeutung

Bürgerliche Wirtschaftsprofessoren erklären diese Zustände damit, daß die Japaner ein Volk seien, das die kollektive Arbeit liebt und den Betrieb als eine große Familie empfindet. Bei genauerem Hinsehen erkennt man jedoch, daß nicht „Liebe zur Arbeit“, sondern handfester Druck für die Arbeitssetze in den Betrieben verantwortlich ist. So z. B. die Arbeitsbedingungen beim Autohersteller Toyota: Der Arbeiter John besteht aus Grundlohn (abhängig vom Alter aus Ausbildung) und einem leistungsabhängigen Lohn (+/- 15%), den der Meister festsetzt. Er kann auch die Einstufung in verschiedenen Grundlohngruppen beeinflussen. Es gibt verschiedene Kri-

sen für die Beurteilung der Arbeiter, z. B. geringe Fehlzeiten, Bereitschaft zu Überstunden, Kooperationsbereitschaft usw. An den Fließbändern wird im Gruppenakkord gearbeitet; d. h. einer Gruppe wird ein Produktionsziel gesetzt. An jedem Arbeitsplatz befinden sich eine gelbe und eine rote Lampe. Die gelbe Lampe kann der Arbeiter einschalten, wenn er Schwierigkeiten hat, den Takt einzuhalten; eventuell kommt ein Springer und unterstützt ihn. Bei einem großen Problem kann er die rote Lampe einschalten; in diesem Fall wird das Band angehalten und alle dort Beschäftigten müssen mithelfen, das Band wieder in Gang zu bringen. Wegen der Leistungsbeurteilung und des Gruppenakkords ist jeder Arbeiter bemüht, keine der Lampen einzuschalten. Falls keine der gelben Lampen aufleuchtet, sind die Meister jedoch keineswegs zufrieden: dann werden entweder Arbeiter vom Band abgezogen oder das Band schneller gemacht, bis wieder einige Arbeiter an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit sind und die gelben Lampen einschalten. So kann die Arbeit beliebig intensiviert werden. Der Druck innerhalb der Arbeitsgruppe, die den Akkord einhalten muß und die große Abhängigkeit vom Meister sind also die Ursachen für die hohe „Moral“ der japanischen Arbeiter.

Große Unterschiede bestehen zwischen den Arbeitsbedingungen in Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben. 1979 gibt es in Japan 739.301 Industrieunternehmen mit 10,8 Millionen Beschäftigten; davon haben 600 mehr als 1000 Arbeitnehmer, 563.828 aber weniger als 10. Etwa drei Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung ist in Mittel- und Kleinbetrieben beschäftigt. In Kleinbetrieben mit weniger als 30 Beschäftigten arbeiten 40% der Erwerbstätigen, ihr Lohn ist im Durchschnitt 30% geringer als in den Großbetrieben. Viele der Kleinbetriebe produzieren nicht für den Markt, sondern sind völlig von den Aufträgen eines Konzerns abhängig. Ihre Arbeitsauslastung schwankt ständig, die Arbeiter haben kein regelmäßiges gesichertes Einkommen.

Die Belegschaft von Großbetrieben ist gespalten in Stamm- und Zeitarbeiter. Bürgerliche „Experten“ sprechen bei den Stammarbeitern oft vom „System der lebenslangen Beschäftigung“, was aber irreführend ist. Die Konzerne bemühen sich, die Stammbeschaften in konjunkturellen Krisen weitgehend weiterzubeschäftigen und nur Zeitarbeiter zu entlassen. Das ist ihnen bisher mit einigen Ausnahmen (1981/82) auch gelungen. Irgendein Anspruch auf die lebenslange Beschäftigung als Stammarbeiter besteht jedoch nicht.

Insgesamt haben die Gewerkschaften einen Organisationsgrad von ca. 30% (12,5 Mio.). Dachverbände dienen vor allem zur Koordination der Betriebsgewerkschaften und zur Absprache gemeinsamer Tarifforderungen.

Bürgerliche Regierung

Die japanische Regierungspolitik wird seit 40 Jahren ununterbrochen von der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) bestimmt. Außer Marktwirtschaft, Bindung an die USA und den Westen und Verteidigung der Macht hat sie kein fest umrissenes Programm und ist innerlich in mehrere Fraktionen gespalten. Die Fraktionen werden zusammengehalten durch die Finanzkraft des jeweiligen Fraktionsführers; ihm fließen die großen Geldspenden aus der Industrie- und Finanzwelt zu und er finanziert damit die Wahlkämpfe seiner Anhänger. Daß diese allgemein bekannten Praktiken zunehmend von der breiten Bevölkerung kritisiert werden, zeigt der erzwungene Rücktritt des einflussreichsten LDP-Politikers Tanaka vom Amt des Ministerpräsidenten nach der Lockheed-Bestechungsfärfä. Die starke Position der LDP beruht zum Teil auf Verzerrungen in der Mandatverteilung zwischen Stadt- und Landregionen: Ein Abgeordneter aus der Stadt braucht oft viermal soviel Stimmen wie auf dem dünnbesiedelten Land, um gewählt zu werden.

markt weitgehend gesättigt. Einer vorübergehenden künstlichen Ankurbelung der Binnennachfrage, ganz gleich ob durch öffentliche Investitionen oder andere Konjunkturprogramme, steht die horrende Staatsverschuldung im Wege, die im Verhältnis zum BSP größer ist als die der USA. Die Erweiterungsinvestitionen in Japan haben bereits erheblich nachgelassen, dafür haben die japanischen Kapitalisten einen Rekord in Auslandsinvestitionen aufgestellt und damit erstmals einen größeren Anteil am Weltbankgeschäft (26%) als die USA (Japan und die USA beherrschen 50% des Weltbankgeschäftes.)

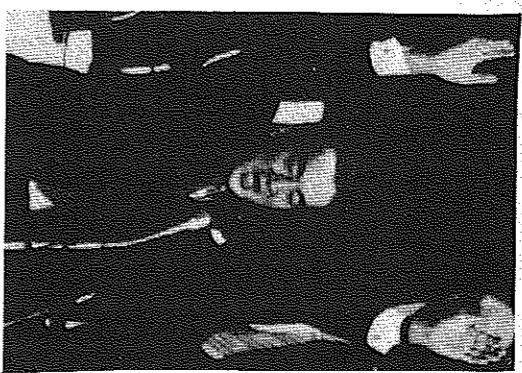
„In der Stahlindustrie alleine droht in den kommenden vier Jahren über 40.000 Beschäftigten die Entlassung, um die drastischen Sanierungsprogramme der fünf Stahlriesen (darunter die größten der Welt) zu ermöglichen. Die leidende Schiffbaubranche wird sich auch nie mehr erholen. Selbst Autohersteller rationalisieren schon radikal und ziehen Produktionsstätten im Ausland hoch, wo es billigere Arbeitskräfte gibt. Die gleiche Strategie verfolgt die Elektronik- und Elektronikindustrie.“

aus: Frankfurter Rundschau, 8.2.1987

Die Arbeitslosigkeit liegt zur Zeit bei 1,6 Mio. Bis 1990 wird ein Anstieg auf ca. 3 Mio. erwartet. Arbeitslose erhalten nur für 90 Tage Unterstützungszahlungen, danach müssen sie selbst sehen, wie sie durchkommen. Wenn in Japan die Arbeiter erkennen, daß die „fetten Jahre“ vorbei sind, wird die ganze

angesammelte Wut und Bitterkeit hervorbrechen. Kämpferische Traditionen der Vergangenheit werden wieder aufleben. Die Gewerkschaften werden den Mitgliederhöchstenstand der Vorkriegszeit (46% der Erwerbstätigen) noch übertreffen und die Beschränkungen der Betriebsgewerkschaften überwinden.

Unter dem Eindruck der stärker werdenden Arbeiterbewegung und der kapitalistischen Krise werden die Risse zwischen den Fraktionen



Japanischer Premierminister Nakasone der regierenden LDP größer werden und höchstwahrscheinlich die Partei schließlich zerbrechen.

Die Arbeiterklasse und die Jugend werden sich vor allem der Sozialistischen Partei, der traditionellen Arbeiterpartei, zuwenden. Die Perspektive für die SPJ ist die Mehrheit im Unterhaus, vielleicht die absolute, sicher aber die Mehrheit zusammen mit der KPJ, ähnlich wie es in Griechenland, Frankreich, Spanien und Portugal war. Die Aufgabe einer linken Regierung wäre: Die Diktatur der großen Konzerne (wie Nissan, Mitsubishi, Mitsui usw.) über das Leben der Arbeiterklasse und der Bauern zu beenden. Sie müßte die alten Forderungen der japanischen Arbeiterbewegung einlösen und die Großunternehmen unter der Kontrolle der Arbeiter verstaatlichen.

And Kranefeld, Nürnberg
Jungsozialist

Spanien

Eine Streikwelle rollte im Februar/März durch Spanien. Erneut kamf der drei Millionen jugendliche umfassenden Schülerbewegung (siehe VORAN Nr. 89) unter Führung der Schülergewerkschaft SEEM, wehren sich nun auch die Arbeiter gegen Lohnkürzungen und Kürzungen der Regierung Gonzales. Es kam u. a. zu folgenden Kampfmaßnahmen:

- mehrtägiger Generalstreik mit Barrikadenkämpfen in den Bergbaugebieten Asturiens gegen die geplante Entlassung von 2000 Bergleuten
- nationaler Streik der Eisenbahner

- nationaler Streik der Lehrer für bessere Arbeitsbedingungen
- Protestmärsche der Landarbeiter nach Madrid gegen die Agrarpolitik der Regierung und die Folgen des EG-Beitritts
- Streik des Bodenpersonals bei IBERIA für höhere Löhne

- 7stündiger nationaler Ausstand des Krankenhauspersonals und der Ärzte gegen Kürzungen im Gesundheitswesen und schlechte Arbeitsbedingungen
- einjähriger Streik der Kleinen Ladenbesitzer in Madrid gegen die geplante Verlängerung der Ladenöffnungszeiten

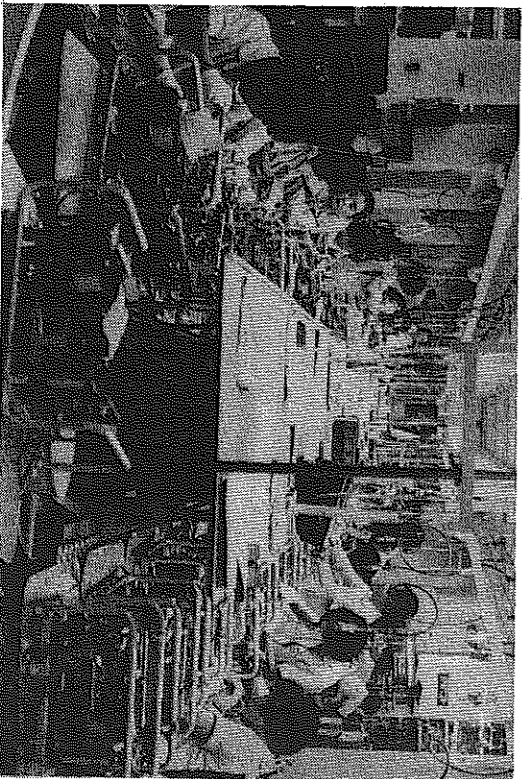
- Aufruf in der 13.000 Einwohner zählenden Kleinstadt Renosa (Provinz Santander), deren Stahlwerk geschlossen werden soll; 8.000 Demonstranten nahmen den Direktor gefangen und lieferen sich stundenlange Straßenschlachten mit der kasernierten Polizei, der Guardia Civil, die schließlich von der Bevölkerung entworfen wurde.

Stitzverteilung im japanischen Unterhaus nach den Wahlen von 1983:	
Liberaldemokratische Partei (LDP)	250
Neuliberale Club (NLC)	8
Unabhängige	16
Komei (rechtsradikal)	58
Demokratisch	
Sozialistische Partei (DSP)	38
Soziale Demokratische Partei (SDP)	3
Sozialistische Partei Japans (SPJ)	112
Kommunistische Partei Japans (KPPJ)	26

Die Sozialistische Partei (SPJ) ist eng mit dem Gewerkschaftsverband Sohyo verbunden. Ihr linker Flügel beruht sich auf die Ideen von Marx und Lenin, der rechte Flügel ist reformistisch und sozialpartnerschaftlich orientiert. Die Demokratisch Sozialistische Partei (DSP) ist eine eindeutig reformistische Partei und arbeitet eng mit dem Gewerkschaftsverband Domei zusammen. Mittelfristig strebt sie über eine Koalition mit der LDP Regierungsbeteiligung an. Die SDP ist eine Linkspaltung der SPJ. Die KPPJ wurde 1972 in der Illegalität gegründet, 1945 offiziell zugelassen. Sie erhält heute durchschnittlich 9% der Wählerstimmen.

Drohende Krise

Inzwischen sind jedoch auch in Japan die Tage des unbegrenzten Wachstums gezählt. Der Aufschwung der letzten drei Jahre hat die Exportabhängigkeit der japanischen Wirtschaft nochmals verschärft. 1984 wurden 60% des BSP exportiert; die größten Zuwächse lagen dabei im Handel mit den USA und China. Während die USA und einige europäische Regierungen protektionistische Maßnahmen erwa-



Lamborghini Wunschkid: „fleißige und bescheidene“ japanische Arbeiter

Abschluß in der Metall-Tarifrunde

Teilerfolg mit Risiken

Durch die Kampfberichtschaft der Kollegen im Metallbereich und die Streikdrohung der Gewerkschaftsführung ist den Metall-Arbeitgebern ein weiteres Stück Arbeitszeitverkürzung abgerungen worden. Der Kompromiß sieht die Einführung der 37-Stundenwoche bis 1990 bei Lohnausgleich, die Einbeziehung der Auszubildenden in die Arbeitszeitverkürzung sowie Lohnaufbesserungen von insgesamt 8,2% in den nächsten 3 Jahren vor.

Viele Kollegen werfen dieses Ergebnis zu Recht als einen wichtigen Schritt nach vorn und als das Äußerste, was ohne Streik erreichbar war. Doch der Kompromiß enthält auch einige Fußfänger:

1) Die IG Metall bindet sich für drei Jahre die Hände in Sachen Lohnverhandlungen. Die Frankfurter Rundschau warnt zu Recht in einem Kommentar zum Abschluß: „Man braucht nicht Kassandra für die Vorhersage zu sein, daß es mit der importierten Preisstabilität nicht mehr so weitergeht wie in den vergangenen 12 Monaten, daß sich die Situation auf den Öl- und anderen wichtigen Rohstoffmärkten trendigswann einmal umdreht... Wie die IG-Metall-Spitze der vielzitierten Basis klarmachen soll, daß sie mit zwei Prozent mehr zufrieden sein muß, wenn die Teuerung wieder drei, vier oder noch mehr Prozent zuströbt, ist ihr Problem.“

2) Die 35-Stundenwoche ist — 10 Jahre (!) nach Aufstellung der Forderung auf dem IGM-Kongreß von 1977 — immer noch nicht in Sicht. Ein wirksamer Beitrag zur Verkürzung der Arbeitslosigkeit kann durch solche Mini-Schritte nicht erreicht werden. Wenn schon in den Tarifauseinandersetzungen während eines weltwirtschaftlichen Aufschwungs die 35 Stunden nicht erreicht wurden, wie soll es dann erst in der kommenden Rezession aussehen?

3) Der Unternehmerwuns nach Differenzierung und Flexibilisierung ist nicht gestoppt worden. Der Ausgleichszeitraum, in dem die durchschnittliche Arbeitszeit nicht über dem Tarif liegen darf, beträgt 6 Monate (IGM-Forderung: 2 Monate), das gleichzeit fast einer Verkürzung der Jahresarbeitszeit. Die Arbeitszeit innerhalb eines Betriebes kann zwischen verschiedenen Beschäftigungsgruppen bis zu 2,5 Stunden schwanken. Die Verhandlungen über die Samstagarbeit wurde auf die regionale Ebene verlagert (von dort wird sie womöglich auf die Betriebsebene verschoben?). Mit diesem Paket haben die Unternehmer Mittel zur Aufspaltung der Belegschaft und Entsolidarisierung in der Hand.

Sicher, allein mit der Waffe des Warnstreiks war nicht mehr zu holen. Aber die Frage ist, warum nicht

voll mobilisiert wurde. Alle Argumente stehen auf Seiten der Gewerkschaften in Sachen 35-Stundenwoche. Gute Argumente reichen aber nicht aus, um den Unternehmern das dafür nötige Geld aus der Tasche zu locken! Eine Kampfstrategie muß das wichtigste Thema für die Gewerkschaften sein nach dem Scheitern der „Mini-Max“-Taktik aufgrund des veränderten § 116.

Die „Mini-Max“-Taktik (eine kleine Zahl Kollegen/innen streikt in strategisch wichtigen Betrieben, um den maximalen Störungseffekt zu erzielen) erscheint auf den ersten Blick kostenschonend, steckt aber voller Denkehrer. Zuerst muß man sich der Illusion hingeben, daß die Unternehmer sich wehrtlos erwidern lassen! Sie zeigen sich aber bereits 1984 alles andere als wehrlos (z.B. durch die Anwendung der Aussperlungswaffe). Aber auch auf die Kolonnen und Kollegen hat die „Mini-Max“-Taktik negative Auswirkungen: Die Streikenden fühlen sich als Alleinträger des Kampfes und die Nichtstreikenden werden vom aktiven Kampf ausgeschlossen.

Diese Taktik soll natürlich die Streikkasse solange wie möglich schonen. Aber jeder Streik ist ein wirtschaftliches Kräftemesser (wer also am längsten durchhalten kann), wenn die Gewerkschaft nur eine kleine Anzahl von Betrieben bestreiken läßt und der Rest der Kapital-

stenklasse geschlossen diese Betriebe unterstützt, kann und wird dies nur dazu führen, daß die Unternehmer am längsten durchhalten. Der Versuch, Kurzarbeitergeld zuzunehmen, wird von einem kapitalistischen Staat nie toleriert (lieber gar kein Kurzarbeitergeld als das!).

Die Verschärfung des § 116 hat die Diskussion über neue Kampfmethoden angeheizt. Ein Plakatentwurf zum Thema Absperrung in der IG-Metall-Zeitschrift „Metall“ zeigt, in welche Richtung die Diskussion geht: z.B. „Stell Dir vor, es wird ausgespart und keiner geht weg!“ Diese „Lösung“ sieht nicht das Problem bei der „Mini-Max“-Taktik (Schwerpunktstreik) und löst das Hauptproblem schon gar nicht, nämlich wie wird ein Streik finanziert. Ein bundesweiter Streik in der Metallindustrie hätte ein schnelles und besseres Ergebnis bringen, aber auch eine politische Lehre für alle Gewerkschafter sein können. Finanziert werden müssen alle Kämpfe der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst. Wenn die Streikkasse nicht ausreicht (und das wird sie nie) muß man an andere Kollegen, Gewerkschaften und die Öffentlichkeit

appellieren. Hier sind die SPD sowie Unterstützungs Komitees direkt anzusprechen.

Beim Arbeitskämpfe 1984 standen wir am Anfang eines Wirtschaftsaufschwungs. Diesmal sehen wir der nächsten scharfen Krise entgegen. Das bedeutet, daß wir eine Arbeitszeitverkürzung, bessere Arbeitsbedingungen und eine Lösung des Arbeitslosenproblems niemals vom Wohle des kapitalistischen Systems abhängig machen können. Auch bei der 35-Stundenwoche werden die Arbeitslosenzahlen steigen. Die Gewerkschaften und die SPD müssen die kapitalistische Krise als Anlaß benutzen und dafür mobilisieren, daß die Produktion im Interesse der Menschen und nicht des Profites eingesetzt wird. Das heißt, daß die stillgelegten Maschinen und Anlagen, neue Technologien und die Arbeitslosen selbst (durch Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle) voll im Produktionsprozeß eingesetzt werden müssen. Das würde eine Arbeitswoche von 20 Stunden bei steigendem Lebensstandard möglich machen.

Stuart Garvie, Köln
Betriebsrat IG Metall



Die Kampfberichtschaft an der Basis zur Durchsetzung der 35-Stundenwoche war groß

Geschichte der Arbeitszeitverkürzung Kampfkraft der Gewerkschaften nutzen

In der letzten Ausgabe von VORAN wurde die Entwicklung des kapitalistischen Lohnarbeitsystems beschrieben. Schon früh begannen die Arbeiter, für Verbesserungen ihrer Lage zu kämpfen und bauten Gewerkschaften und Parteien auf. Eine zentrale Forderung war die Arbeitszeitverkürzung (8-Stunden-Tag). Um ihr entsprechenden Nachdruck zu verleihen, beschloß die II. (Sozialistische) Internationale 1889, die Arbeiterklasse weltweit am 1. Mai zur Demonstration aufzurufen.

In Deutschland beteiligten sich rund 200.000 Arbeiter am Streik zum 1. Mai. Die deutsche Arbeiterbewegung war soeben gestärkt aus der Verfolgungszeit unter dem Sozialistengesetz hervorgegangen. In der nächsten Jahren wuchsen SPD und Gewerkschaften zu einflussreichen Massenorganisationen an.

Die Mitgliedschaft der Gewerkschaften vergrößerte sich von 1891 280.000 auf 2,5 Mio. 1913. Im selben Jahr wurde die SPD bei Reichstagswahlen stärkste Partei. Im Mittelpunkt des Programms von SPD und Gewerkschaften stand die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag. Zehntausende von Arbeitern nahmen erbitterte Kämpfe für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit in Kauf.

Novemberrevolution

Erst unter dem Druck der Novemberrevolution und der Angst, ihre Macht völlig zu verlieren, waren die Kapitalisten 1918/19 bereit, zahlreiche Reformforderungen, wie den 8-Stunden-Tag, zu gewähren, als die Arbeiter längst angefangen hatten, diese Forderungen in die Tat umzusetzen.

Hier bewahrheitete sich die Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung, daß ein revolutionär geführter Kampf immer noch am besten geeignet ist, weitreichende

Reformen und Zugeständnisse zu erreichen. Auf der anderen Seite zeigten die nächsten 5 Jahre den deutschen Arbeitern, daß keine Reform und kein Zugeständnis sicher ist, solange die Kapitalisten die Macht in der Gesellschaft behalten und weiterhin in der Lage sind, die Krise ihres Systems auf Kosten der Arbeiterklasse zu bewältigen.

Bis 1923 sank der Lebensstandard der Arbeiter auf das Niveau von 1910. Unterstützt und gestärkt von dem in der Revolution inaktiven gebildeten Staatsapparat unternahm die Unternehmer zahlreiche Angriffe auf den 8-Stunden-Tag und promovierten Verteidigungskämpfe von Millionen von Arbeitern. Da diese Kämpfe ohne das Ziel einer Ermächtigung der Kapitalisten durch eine sozialistische Revolution geführt wurden, blieben sie meistens ohne Erfolg. 1926 arbeitete bereits wieder die Hälfte der Arbeiter mehr als 48 Stunden in der Woche. Doch dies genügte der herrschenden Klasse anfang der 30er Jahre nicht mehr, um die kapitalistische Krise in ihrem Sinn lösen zu können.

Nazi-Diktatur

Mit der Zerschlagung ihrer Organisationen durch die Nazis waren die Arbeiter den Angriffen des Kapitals

wurde massiv verlängert: beim Bau der Reichsautobahn auf 60 Stunden für einen Hungerlohn, in einzelnen Industriezweigen auf 14 Stunden täglich für Frauen und Jugendliche. Hunger zwang viele Arbeiterfamilien wieder, ihre Kinder arbeiten zu schicken. Die Zahl der Unfälle erhöhte sich von 1934 auf 1936 um 45,9%, mit tödlichem Ausgang um 30,4%, während die Beschäftigtenzahl nur um 19,2% zunahm. Gegen Ende des Faschismus betrug die Arbeitszeit für über 16jährige 60, für Frauen 54 Wochenstunden (ohne Pausen).

Nach dem 2. Weltkrieg betrug die Regelarbeitszeit 48 Stunden. 1955 wurde im DGB-Aktionsprogramm die stufenweise Einführung der 40-Stunden-Woche gefordert. Der DGB begann die Kampagne: „Samstags gehört Vanu mir!“

Obwohl die Bedingungen im Nachkriegsaufschwung für die Durchsetzung dieser Forderung äußerst günstig waren - die Unternehmern kassierten riesige Profite und wollten nicht auf möglichen Absatz durch Streik verzichten - beschränkte sich die Gewerkschaftsführung auf Verhandlungen, durch die bis 1965 in der Druck- und bis 1967 in der Metallindustrie die 5-Tage-Woche schrittweise eingeführt wurde. In den 70ern wurde von vielen Gewerkschaften durch Streiks eine Verlängerung des Urlaubs auf bis zu 6 Wochen erklärt.

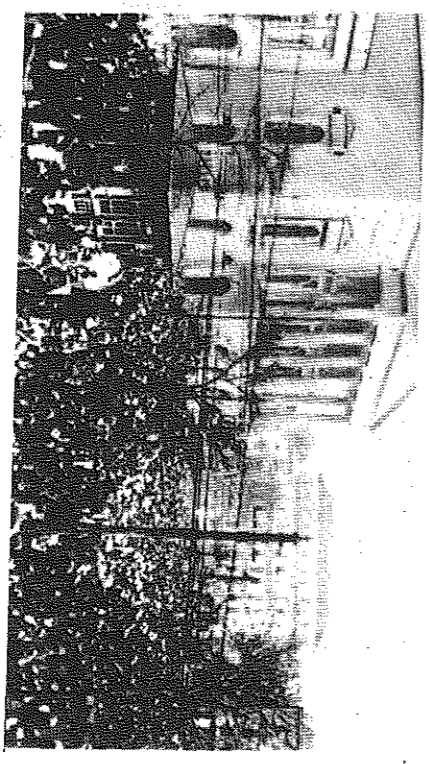
Unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit, die 1974/75 mit der ersten weltweiten kapitalistischen Krise seit Kriegsende wieder zum Problem für die Arbeiterklasse wurde, diskutierten aktive Gewerkschaftsmitglieder die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden, um durch-

auf Alle die Arbeitslosigkeit zu beiseitigen. Nachdem bereits die Postgewerkschaft die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erhoben hatte, wurde dieses Ziel auch auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall 1977 gegen den Willen der IGM-Führung von den Delegierten beschlossen.

Stahlstreik 1978/79

Im Stahlstreik 1978/79 wurde von den IGM-Mitgliedern zum erstenmal dafür gekämpft. Unter dem Druck der streikenden Basis wurde der Streik von der Gewerkschaftsführung und Streikleitung, wenn auch zu spät und zu halbherzig, durchgeführt. In der 6. Streikwoche

werkschaftsmitgliedern hervor, für die das Ergebnis in keinem Verhältnis zum geleisteten Einsatz stand. Jetzt, 1987, ist die Aufgabe der Gewerkschaften, durch Arbeitszeitverkürzung die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, dringender als je zuvor. Die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche alleine kann noch keine Vollbeschäftigung bringen. Eigentlich müßten wir heute schon um die 30-Stunden-Woche kämpfen. Deswegen sind 35 Stunden ein Kompromißangebot, das auf jeden Fall durchgesetzt werden muß. Wenn dieser Kampf erfolgreich geführt werden soll, müssen wir aus den Erfahrungen der Arbeiterbewegung lernen, die Karl Marx für die



Die Reform des 8. Stundentags war ein Nebenprodukt der revolutionären Kämpfe der Arbeiter 1918/19

wurde von der Tarifkommission trotz großer Proteste aus der Mitgliedschaft ein Abschluß angenommen, der die 40-Stunden-Woche bis 1984 festschrieb und ansonsten Freisichten für ältere Arbeiter, eine geringe Lohnerhöhung und mehr Urlaub erbrachte.

1984 war ein Streik für die 35-Stunden-Woche nicht mehr zu vermeiden. Drucker und Metallarbeiter streikten mehrere Wochen lang. Ergebnis: 38,5-Stunden-Woche, nicht nur im Druck- und Metallbereich, sondern inzwischen auch zum Teil in anderen Industriezweigen (in der Stahlindustrie sogar 38-Stundenwoche). Obwohl dieser Streik der bisher größte in der Geschichte der BRD war, wäre bei voller Mobilisierung viel mehr an Zugeständnissen seitens der Unternehmern möglich gewesen. Auch diese Kommissar-

Gewerkschaften folgendermaßen zusammengefaßt hat: „Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“

Dieter Janssen, Stuttgart
Mitglied Jusos-Kreisvorstand

Interessierte Leser können über die Bedi-

